



Dachdecker bekommen Geld bei großer Hitze Ausfalleleistungen bei Extremwetter

Kreis Wesel. Hitzefrei für die „höchsten Jobs“ im Kreis Wesel: Dachdecker arbeiten ziemlich weit oben – und oft auch in ziemlich praller Sonne und großer Hitze.

„Die rund 590 Dachdecker im Kreis Wesel machen da gerade einiges mit. Aber bei allem Sonnenschutz – vom ständigen Eincremen übers Abdecken der Haut bis zum intensiven Wassertrinken: Wenn die Sonne so richtig vom Himmel knallt, dann müssen auch die Profis runter vom Dach. Deshalb gibt es auch so etwas wie ‚Hitzefrei fürs Dach‘, wenn die Arbeit in der Glut Hitze zu viel wird. Denn die Gesundheit geht vor“, sagt Karina Pfau von der Dachdecker-Gewerkschaft IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Wichtig dabei: „Wenn Dachdecker Pfannen, Hammer und Zollstock an die Seite legen, dann reißt die ‚Sonnen-Zwangspause‘ trotzdem kein großes Loch ins Portemonnaie“, so die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Die Beschäftigten bekämen dann nämlich ein sogenanntes „Ausfallgeld“ – eine Art „Extremwetter-Ersatzlohn“. Das seien immerhin Dreiviertel des sonst gezahlten Stundenlohns. IG BAU und Arbeitgeber hätten damit die Jobs im Dachdeckerhandwerk am Tariftisch „wetterfest gemacht“, formuliert es die Gewerkschafterin.

„So ein ‚Wetter-Puffer für die Lohntüte‘ ist für Dachdecker als ‚Open-Air-Jobber‘ wichtig. Das Ausfallgeld gibt es immer dann, wenn das Wetter vom April bis zum November extrem wird: bei starker Sommerhitze genauso wie bei wütendem Sturm oder Starkregen“, so Pfau. Für einen Dachdecker würden in den acht Monaten vom Frühjahr bis zum Herbst sogar bis zu 53 ausgefallene Arbeitsstunden „auf dem Lohnkonto aufgefangen“. Die Auszahlung des Geldes erfolge über die Sozialkassen des Dachdeckerhandwerks (Soka-Dach). Mehr Infos und einen „Ausfallgeld-Rechner“ gibt es online unter www.soka-dach.de/leistungen/ausfallgeld.



Dachdecker: Gesundheit geht vor, sagt die IG Bau. SYMBOLBILD/DPA



Knapp zehn Prozent mehr Lohn für die Florist*innen in Westdeutschland



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU, Foto: IG BAU, Tobias Seifert

IG BAU spricht von einem sehr guten Abschluss. Im Osten bekommen die Beschäftigten immer noch Mindestlohn.

Die Floristinnen und Floristen in Deutschland-West bekommen rückwirkend zum 1. Juli mehr Geld. So verdient eine ausgebildete Fachkraft jetzt 14,78 Euro in der Stunde, ab 1. Juli 2025 sind es dann 15,48 Euro. Bei einer Laufzeit von zwei Jahren, der neue Vertrag läuft bis 30. Juni 2026, ist dies eine Lohnerhöhung von insgesamt knapp zehn Prozent. Die Auszubildenden können sich über 50 Euro mehr in diesem und auch im nächsten Jahr freuen. So steigen die monatlichen Vergütungen auf 900 Euro im ersten, auf 1000 Euro im zweiten sowie auf 1100 Euro im dritten Lehrjahr. Darauf haben sich die Tarifpartner Fachverband Deutscher Floristen (FDF) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) geeinigt. "Damit haben wir einen sehr guten Tarifabschluss für die Floristikbeschäftigten im Westen der Republik erreicht. Endlich sind wir damit auch raus aus dem Niedriglohnsektor. Das haben sich die Menschen, die die Welt schöner und bunter machen, mehr als verdient", sagt Harald Schaum, im Bundesvorstand der IG BAU zuständig für die Branche.

"Rabenschwarz" sieht es dagegen immer noch für die Floristinnen und Floristen im Osten aus. Sie erhalten aufgrund der massiven Blockadehaltung der Arbeitgeber immer noch den gesetzlichen Mindestlohn, er liegt derzeit bei 12,41 Euro. Nach altem Tarifvertrag würde die Entlohnung sogar nur bei 9,60 Euro liegen. "Hier muss dringend eine Lösung her, das kann so nicht weitergehen. Wer will denn für diesen Hungerlohn arbeiten? So kurzsichtig kann doch kein Unternehmer sein, so bekommt man kein Personal, dann können alle Blumengeschäfte in Ostdeutschland gleich dichtmachen", empört sich Schaum. Man müsse so schnell wie möglich einen Weg aufzeigen, wie man Stück für Stück das Einkommensniveau im Osten an den Westen angleiche. Der Gewerkschafter hofft auf weitere Gespräche.

In der Floristikbranche arbeiten in Deutschland derzeit rund 30 000 Beschäftigte